Bundesministerium
Arbeit und Wirtschaft



175 Jahre Wirtschaftsministerium

1848 – 2023

Impressum

Medieninhaber, Verleger und Herausgeber:
Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft
Stubenring 1, 1010 Wien
+43 1 71100-0
bmaw.gv.at

Historische Aufarbeitung: Univ.Doz.Dr. Andreas Weigl
Inhaltliche Gestaltung: Abt. Öffentlichkeitsarbeit BMAW: Jakob Luczak, BA MA; Justus Düren, BA
Fotonachweis: Titelbild BHÖ/Stefanie Grüssl
Layout: Claudia Jirak-Goll
Druck: Bundesministerium für Inneres

Wien, 2023

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

die Geschichte des Wirtschaftsministeriums begann vor 175 Jahren in der turbulenten Zeit der Revolution von 1848. Inmitten des politischen Umbruchs und des Aufbruchs zu einer neuen Ära für Österreichs Verwaltung wurde das Fundament für ein Ministerium gelegt, das seitdem einen unverzichtbaren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes leistet.



Bundesminister
Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher
(©BMAW/Holey)

Von den Anfängen im 19. Jahrhundert bis heute hat sich das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft zu einem Eckpfeiler der österreichischen Wirtschaftspolitik entwickelt. Mit der Gewerbeordnung wurde 1859 das Gewerberecht erstmals vereinheitlicht und in den folgenden Novellen der Arbeiterschutz ausgestaltet. Zu den vielseitigen Aufgaben unseres Ressorts gehörten im 19. Jahrhundert auch der Ausbau der Infrastruktur bei Schifffahrt und Eisenbahn, sowie das Post- und Telegraphenwesen. Eine der herausragenden Säulen der Arbeit war und ist der Außenhandel, der in einer globalisierten Welt schon lange eine bedeutende Rolle einnimmt. Die Förderung des Exportsektors und die Gestaltung internationaler Handelsbeziehungen sind Schlüsselaspekte unserer Mission. Auch die Entwicklung der Tourismuspolitik lag in der Verantwortung unseres Ministeriums, seitdem sich immer mehr Menschen das Reisen zum Vergnügen und zur Erholung leisten konnten.

In den letzten Dekaden hat sich die Bandbreite unserer Aufgaben stetig erweitert. Vom Schutz des Wettbewerbs über die Förderung von Innovation bis zur Bewältigung globaler Wirtschaftsherausforderungen – unser Ressort hat sich vielseitigen Herausforderungen gestellt und Lösungen gefunden.

Mit dieser historischen Übersicht möchten wir Ihnen anlässlich dieses Jubiläums die spannende und facettenreiche Geschichte unseres Ministeriums näherbringen. Erfahren Sie mehr über die Meilensteine und Entwicklungen, die unsere Arbeit geprägt, und entdecken Sie die Menschen hinter den Entscheidungen, die unsere Wirtschaftslandschaft gestaltet haben.

Ich wünsche Ihnen ein informatives und inspirierendes Leseerlebnis, das Ihnen spannende Einblicke in die Welt der österreichischen Verwaltungsgeschichte gewährt.



Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher
Bundesminister

Inhalt

Vorwort ... 1
Vorgeschichte ... 5
Gründung in stürmischen Zeiten ... 7
Exkurs: Die historische Entwicklung des Gewerberechts ... 11
Neoabsolutismus und Auflösung des Ministeriums ... 14
Neugründung und Entwicklung innerhalb des Verfassungsstaates ... 16
Außenhandel gewinnt an Bedeutung ... 19
Ausbau von Infrastruktur ... 20
Gewerbeordnungsnovellen und soziale Fürsorge ... 22
Kompetenzstreitigkeiten vor und während des Ersten Weltkriegs ... 23
Exkurs: Tourismus ... 24
Erste Republik ... 26
Bundesministerium für Handel und Verkehr ... 28
NS-Zeit ... 30
Im Zeichen des Wiederaufbaus und der Westintegration ... 32
Von der Kreisky-Ära bis zur Jahrtausendwende ... 35
Verhandlungen mit der EWG ... 36
Gewerbenovelle und Bündelung von Förderungsinstitutionen ... 38
Wirtschaft und Arbeit ... 39
Verbindung der Wirtschaft mit neuen Agenden ... 41
Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft ... 43

Vorgeschichte

Die Zentralverwaltung entwickelte sich in der Habsburgermonarchie erst allmählich im Lauf der Frühen Neuzeit. Im späten 15. Jahrhundert wurden die ersten Hofbehörden ins Leben gerufen. Diese können allerdings nicht mit modernen Ministerien verglichen werden. Zwischen den Behörden bestand keine klare Aufgabentrennung und wirtschaftspolitische Entscheidungen beruhten auf Vorschlägen kaiserlicher Räte in beratenden Organen des Landesfürsten.



Blick in eine Amtsstube (©Wien Museum)

Der Kaufmann Johann Becher spielte eine entscheidende Rolle in der frühen Geschichte der wirtschaftspolitischen Entwicklung im 17. Jahrhundert. Im Jahr 1666 gelang es ihm, Kaiser Leopold I. von der Notwendigkeit zu überzeugen, eine spezialisierte Behörde einzurichten, die sich mit wirtschaftspolitischen Fragen auseinandersetzt. Dies war eine Zeit, in der die Wirtschaftsaktivitäten in den Habsburgerländern wuchsen und komplexer wurden, und daher war eine gezielte Verwaltung notwendig.

Die Idee war, ein „Kommerzkollegium" zu gründen, das die wirtschaftlichen Angelegenheiten koordinieren und fördern sollte. Leider war diese Initiative nur von kurzer Dauer, da sie nach nur einem Jahrzehnt aufgrund des Widerstands am Hof und der Opposition der einflussreichen Großhändler in Wien scheiterte.

Es dauerte wieder Jahrzehnte, bis unter der Herrschaft von Maria Theresia im Jahr 1746 das Universal-Kommerziendirektorium gegründet wurde. Dieses kann als Vorläufer des späteren Handelsministeriums betrachtet werden. Die Verwaltungsreform unter Maria Theresia markierte einen bedeutenden Schritt in der Entwicklung der Wirtschaftsverwaltung in den Habsburgerländern.

Ein Hauptproblem in der Verwaltung des vormodernen Staates, das sich auch in dieser Zeit zeigte, war der absolute Herrschaftsanspruch des Monarchen. Die endgültige Entscheidungsgewalt lag bei der Herrscherin oder dem Herrscher selbst. Selbst unter Maria Theresia, die auf ein Kabinett zurückgriff, hatte dieses oft eher den Charakter eines Beratungsgremiums.

Unter Kaiser Franz I. wurde dieses Problem besonders akut, da nahezu alle Entscheidungen direkt am Kaiserhof getroffen wurden. Dies führte zu Verzögerungen und ineffizienter Verwaltung, da viele Aufgaben auf dem Schreibtisch des Kaisers liegenblieben. Selbst unter dem schwächeren Herrscher Ferdinand I. wurde die Regierungsarbeit von einem kleinen Kreis von Beratern unter der Leitung von Staatskanzler Metternich gesteuert, was der wachsenden Komplexität der Aufgaben immer weniger gerecht wurde.

Gründung in stürmischen Zeiten

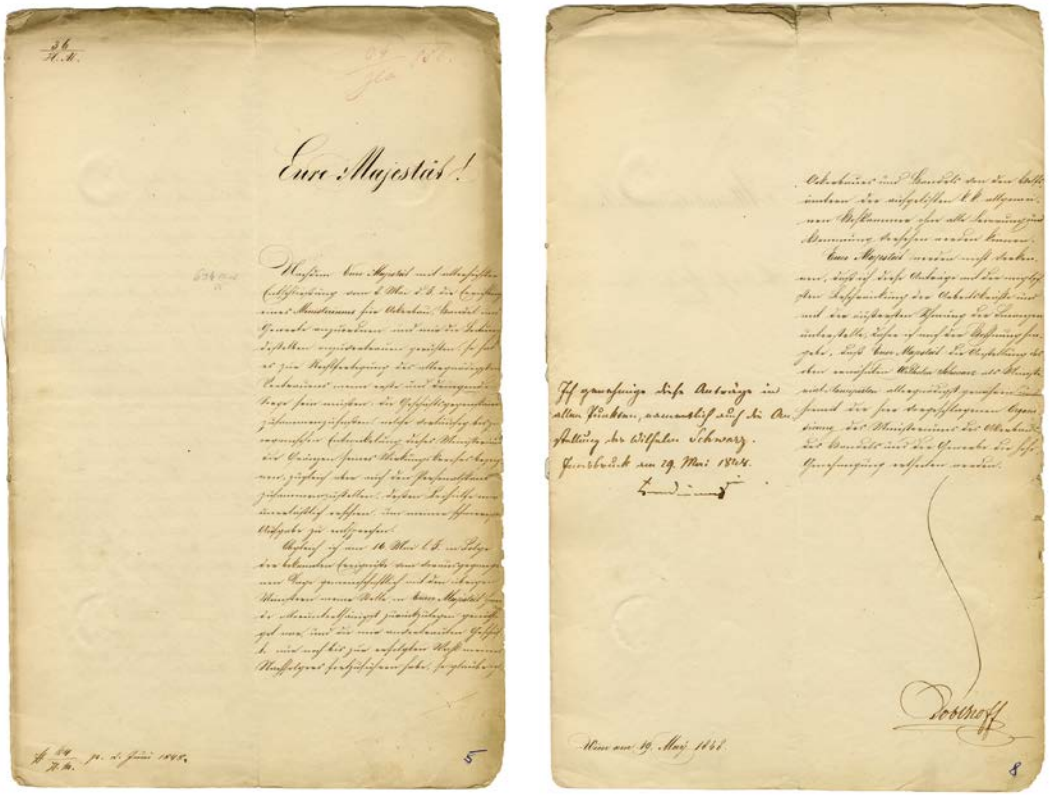
Initialzündung der erstmaligen Gründung eines Wirtschaftsministeriums wurde schließlich die Revolution im Jahr 1848. Bereits drei Jahre zuvor entstand eine wirtschaftlich angespannte Situation, als sich eine Absatzkrise mit Fehlernten und einer Finanzkrise verbanden. Diese entlud sich im März 1848 durch den Ausbruch der Revolution. Unter dem Druck der Umwälzungen sah sich die Monarchie gezwungen, selbständig arbeitende Ministerien einzusetzen. Gleichzeitig wurde die Ministerialverantwortlichkeit eingeführt.



Panorama der Stadt Wien, von der Spinnerin am Kreuze aus, während der Belagerung im Oktober 1848. (©Franz Werner/Wien Museum)

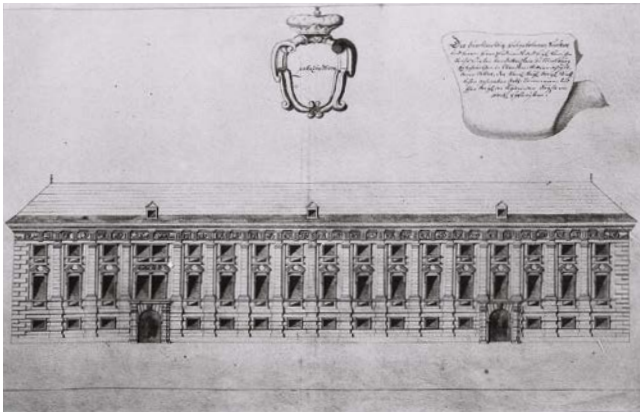
Am 8. Mai 1848 wurde das Handelsministerium mit kaiserlicher Entschließung gegründet.

Die Agenden des Handelsministeriums waren zu Beginn weit gespannt. Zu ihnen zählten Agrikultur und Forstwesen, Pferdezucht, Wasserrechts- und Müllordnungen, Landwirtschaftsgesellschaften, Fluss- und Seeschifffahrt, Gewerbe- und Industrievereine, Konsular- und Hafenwesen, Fabriks- und innere Handelsangelegenheiten, Sparkassen und Versicherungen, Gewerbe- und Hausierwesen, Straßen- und Kanalbau, Wirtschaftsstatistik, Technische Lehranstalten, Maß- und Gewichtsregulierung.



„Allerunterthänigster Vortrag des Ministers für Ackerbau, Handel und Gewerbe, womit die allerhöchste Genehmigung der Organisierung des Ministeriums für Ackerbau, Handel und Gewerbe erbeten wird." von 19. Mai 1848 (©Österreichisches Staatsarchiv)

Das Ministerium nahm vorerst seinen Sitz im Palais Modena in der Herrengasse ein. In diesem war zuvor ab 1843/44 die oberste Polizei- und Zensur-Hofstelle untergebracht. Nach deren Auflösung in Folge der Revolution befanden sich in dem Gebäude neben dem Ministerium für Ackerbau, Handel und Gewerbe auch weitere Ministerien der jungen österreichischen Verwaltung. Zu diesen gehörte ebenfalls das k. k. Innenministerium, das – ebenfalls 1848 gegründet – auch heute als Bundesministerium für Inneres dort seinen Sitz hat.



Palais Modena (©Fotoarchiv Bundesdenkmalamt)

Zum ersten Handelsminister wurde der Ökonom Anton Freiherr von Doblhoff-Dier berufen. Er galt als Anhänger der niederösterreichischen Ständepartei, die mit dem liberalen Bürgertum sympathisierte. Während der Revolution nahm er allerdings erfolglos eine vermittelnde Haltung zwischen dem Kaiserhaus und den Revolutionären ein. Er wechselte am 18. Juli in die Funktion des Regierungschefs, zog sich aber, nachdem er zuletzt allein mit Finanzminister Krauß die Regierungsgeschäfte geführt hatte, bereits am 12. Oktober 1848 nach einem Nervenzusammenbruch aus der Politik zurück.



Die Befreiung von Minister Doblhoff am 13. September 1848 in Wien (©Wien Museum)



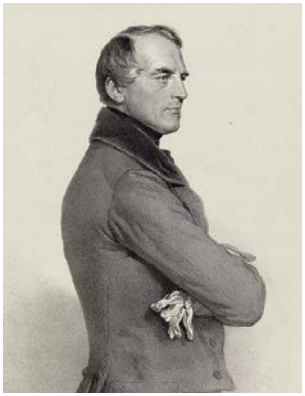
Anton Freiherr v. Doblhoff (©Wien Museum)



Theodor Ritter von Hornbostel (©Wien Museum)

Theodor Hornbostel folgte anschließend als Minister. In seiner ebenfalls kurzen Amtszeit übernahm das Ministerium schon zum ersten Mal die Aufgaben der Arbeitsbeschaffung – eine Verbindung, die sich im Laufe der Zeit noch des Öfteren wiederholen sollte. Auch das erste Gesetz über die Errichtung von Handelskammern wurde bereits unter Hornbostel beschlossen.

Nach der Niederschlagung der Revolution Ende Oktober 1848 rückte Karl Ludwig Freiherr von Bruck in die Position des Ministers. Er übernahm nun ein „Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten", dem die Aufgaben des Bauwesens und die gesamte administrative Statistik zugeschlagen wurden. Dazu kam im Folgejahr auch noch das Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesen. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten wurde aufgelöst.



Karl Ludwig Freiherr von Bruck (©Wien Museum)

Die Geschäftseinteilung von 13. Oktober 1849 sah die Sektion I (Außen- und Binnenhandel, Seeschifffahrt, Industrie, legislative Angelegenheiten), Sektion II (Bauwesen) und Sektion III (Kommunikation) vor.

In den Anfangsjahren erzielte das Handelsministerium große Erfolge, insbesondere während der kurzen Amtszeit von Minister Bruck. Dieser wandte sich vom zuvor bestehenden wirtschaftlichen Protektionismus ab und schaffte es, das Wirtschaftswachstum durch Beseitigung der ungarischen Zwischenzoll-Linie und dem Übergang vom Prohibitiv- zum Schutzzollsystem anzukurbeln.

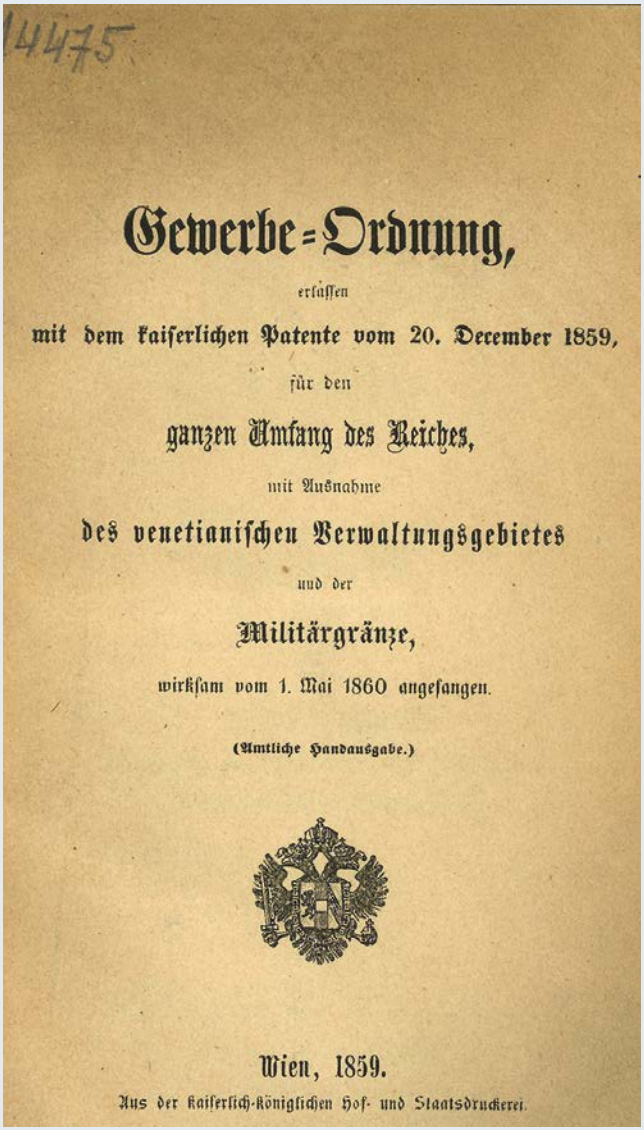
Bruck betrieb auch öffentliche Investitionen in den Straßenbau und die Schifffahrt. Er strebte sogar eine große Freihandelszone in Mitteleuropa an, scheiterte aber damit am Widerstand Brandenburg-Preußens.

Unter Minister Bruck wurde 1859 auch die erste Gewerbeordnung beschlossen

Die historische Entwicklung des Gewerberechts

Das österreichische Gewerberecht kann auf eine über ein halbes Jahrtausend währende Entwicklungsgeschichte zurückblicken. Schon im 14. und 15. Jahrhundert durfte nur ein Zunftmitglied einen Gewerbebetrieb eröffnen und führen. Auch die Ausübung des Gewerbes wurde durch die Zunftordnungen geregelt. Ferdinand I. erließ im Jahre 1527 eine neue Polizei- und Handwerksordnung, die die Zünfte ganz wesentlich entmachtete. Als diese im Laufe der Zeit wieder erstarkten, wurde die staatliche Gewerbehoheit im Jahre 1732 durch die Zunftgenerale von Karl VI. wiederhergestellt. Die Zünfte wurden besonderer obrigkeitlicher Aufsicht unterstellt. Das Gewerberecht entwickelte sich jedoch zu einer äußerst zersplitterten Rechtsmaterie, deren Reglementierung den Gewerbeantritt und die Gewerbeausübung immer mehr erschwerte.

Im Jahre 1834 betraute Franz I. die Allgemeine Hofkammer mit der Verfassung eines neuen Gewerberechts, das die bisherigen Reformen beinhalten sollte. Diese Vereinheitlichung gestaltete sich schwierig und daher dauerte dieser Prozess auch 25 Jahre. Ab dem Jahr 1848 wurde er vorwiegend im Handelsministerium vorangetrieben. Die am 20. Dezember 1859 erlassene Gewerbeordnung brachte ein einheitliches Gewerberecht für den gesamten Bereich des damaligen Reiches und war vom Grundsatz der Gewerbefreiheit getragen. Einschränkung dieses Grundsatzes gab es insbesondere bei konzessionierten Gewerben, wie z.B. dem Baugewerbe oder dem Gast- und Schankgewerbe.


14475.

Gewerbe-Ordnung,

erlassen

mit dem kaiserlichen Patente vom 20. December 1859,

für den

ganzen Umfang des Reiches,

mit Ausnahme

des venetianischen Verwaltungsgebietes

und der

Militärgränze,

wirksam vom 1. Mai 1860 angefangen.

(Amtliche Handausgabe.)

Wien, 1859.

Aus der kaiserlich-königlichen Hof- und Staatsdruckerei.

Gewerbeordnung vom 20. Dezember 1859 (©BMAW/Clusterbibliothek)

EXKURS

Doch schon bald wurde die eben erst in Kraft gesetzte Gewerbeordnung von verschiedenen Seiten als reformbedürftig bezeichnet. Nach längeren Arbeiten erschienen daher die Gewerbeordnungsnovellen der Jahre 1883 und 1885. Von besonderer Bedeutung bei diesen war die Einführung einer neuen Art von Anmeldung für handwerksmäßige Gewerbe, die die Qualität der Ausübenden mittels eines Befähigungsnachweises sicherstellen sollten.

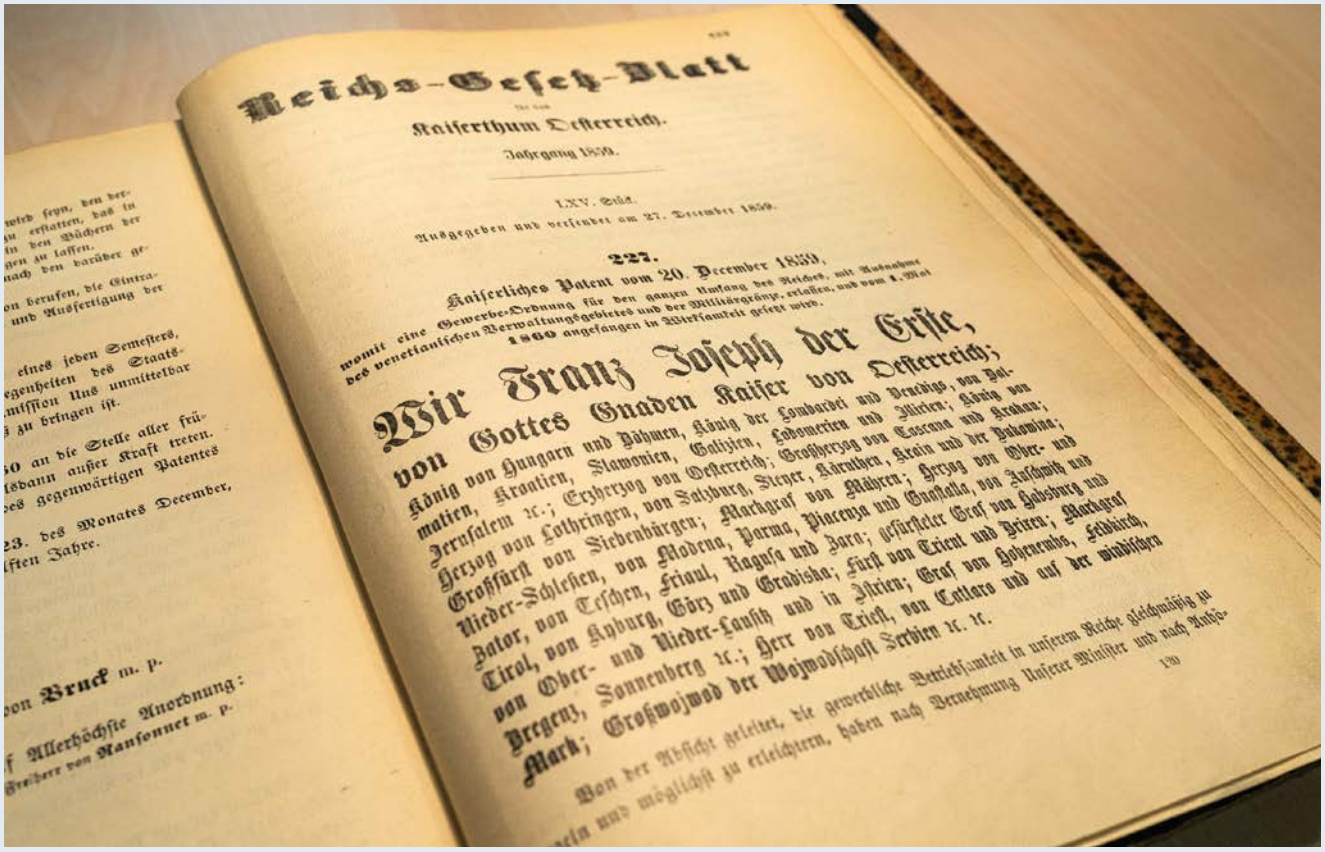
Außerdem wurden das Genossenschaftswesen neu geregelt und der Arbeiterinnen- und Arbeiterschutz ausgestaltet. In den weiteren Jahren folgte eine Vielzahl von Sondergesetzen und um die Jahrhundertwende weitere Änderungen betreffend das Lehrlingswesen, die Genossenschaften u.a.

Mit der Gewerbereform des Jahres 1907 wurde die obligatorische Gesellenprüfung und eine fakultative Meisterprüfung eingeführt. Änderungen auf Grund der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem ersten Weltkrieg fanden in den Gewerbeordnungsnovellen der Jahre 1933 bis 1935 ihren Niederschlag. Nach dem „Anschluss 1938“ wurde eine Vielzahl von reichsrechtlichen Vorschriften auf gewerberechtlichem Gebiet in Österreich eingeführt. Nach 1945 war die Gesetzgebung bestrebt, diese durch österreichische Normen zu ersetzen.

Die wiederholten Novellierungen der Gewerbeordnung 1907 machten es schwer, das geltende Recht zu überschauen. Daher wurde beschlossen, eine neue Gewerbeordnung zu schaffen. Diese wurde in einem langen Prozess unter Einbindung von Vertretern der einschlägigen wissenschaftlichen Gebiete, der Interessensverbände, der Verwaltung und der Volksvertretung erarbeitet und schließlich am 29. November 1973 einstimmig durch den Nationalrat beschlossen.

EXKURS

Die Gewerbeordnung 1973 hat dem Grundsatz der Gewerbefreiheit wieder vermehrt zum Durchbruch verholfen. So wurde bei der Neugestaltung der im Gesetz festgelegten Listen der einzelnen Gewerbe eine Vielzahl von Gewerben nicht mehr als konzessionierte Gewerbe eingereiht, sondern entkonzessioniert. Weiters wurde eine große Anzahl von bisher handwerksmäßigen Gewerben nicht mehr in die neue Liste der Handwerke aufgenommen. Auch aus der bisher geltenden Liste der gebundenen Gewerbe wurden zahlreiche Gewerbe gestrichen. Seither wurden bestimmte Aspekte des Gewerberechts mittels Novellen sowie weiterer Gesetze angepasst.


Reichs-Gesetz-Blatt
für das
Kaiserthum Oesterreich.
Jahrgang 1859.
LXV. Stück.
Ausgegeben und versendet am 27. December 1859.
227.
Kaiserliches Patent vom 20. December 1859,
womit eine Gewerbe-Ordnung für den ganzen Umfang des Reiches, mit Ausnahme des venetianischen Verwaltungsgebietes und der Militärgränze, erlassen, und vom 1. Mai 1860 angefangen in Wirksamkeit gesetzt wird.
Wir Franz Joseph der Erste,
von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich;
König von Hungarn und Böhmen, König der Lombardei und Venedigs, von Dalmatien, Kroatien, Slawonien, Galizien, Lodomerien und Illirien; König von Jerusalem ꝛc.; Erzherzog von Oesterreich; Großherzog von Toscana und Krakau; Herzog von Lothringen, von Salzburg, Steyer, Kärnthen, Krain und der Bukowina; Herzog von Siebenbürgen; Markgraf von Mähren; Herzog von Ober- und Nieder-Schlesien, von Modena, Parma, Piacenza und Guastalla, von Auschwitz und Zator, von Teschen, Friaul, Ragusa und Zara; gefürsteter Graf von Habsburg und Tirol, von Kyburg, Görz und Gradiska; Fürst von Trient und Brixen; Markgraf von Ober- und Nieder-Lausitz und in Istrien; Graf von Hohenembs, Feldkirch, Bregenz, Sonnenberg ꝛc.; Herr von Triest, von Cattaro und auf der windischen Mark; Großwojwod der Wojwodschaft Serbien ꝛc. ꝛc.
Von der Absicht geleitet, die gewerbliche Betriebsamkeit in unserem Reiche gleichmäßig zu ... und möglichst zu erleichtern, haben nach Vernehmung Unserer Minister und nach Anhö-
1)0

Verlautbarung der Gewerbe-Ordnung im „Reichs-Gesetz-Blatt für das Kaiserthum Oesterreich“: „Kaiserliches Patent vom 20. December 1859, womit eine Gewerbe-Ordnung für den ganzen Umfang des Reiches, mit Ausnahme des venetianischen Verwaltungsgebietes und der Militärgränze, erlassen, und vom 1. Mai 1860 angefangen in Wirksamkeit gesetzt wird.“ (©BMAW/Clusterbibliothek)

Neoabsolutismus und Auflösung des Ministeriums



Kaiser Franz Joseph I.
(©Wien Museum)

In den Jahren nach der Revolution regierte der junge Kaiser Franz Joseph I. bis 1860 autokratisch. Mit dem Silvesterpatent von 31. Dezember 1851 waren die Ministerien ausschließlich dem Monarchen gegenüber verantwortlich, der Reichsrat hatte lediglich beratende Funktion.

Der Kaiser stützte sich vor allem auf seinen Kanzler Karl Friedrich von Kübeck. Dieser versuchte das Handelsministerium in das Finanzministerium zu integrieren. Dieser Versuch scheiterte jedoch auf Grund von Bedenken, dass eine Beseitigung des Handelsministeriums einen negativen Eindruck in der öffentlichen Meinung und insbesondere im Kreise der Industriellen hervorrufen würde.

Bis zur Niederlage von Solferino 1859 blieb das Handelsministerium mit seinem großen Aufgabengebiet und seiner beträchtlichen Beamtenschaft unverändert bestehen.

Der mit dem Krieg in den norditalienischen Gebieten verbundene finanzielle Zusammenbruch der Monarchie machte jedoch Einsparungen notwendig und sorgte für die Auflösung des Handelsministeriums, welches durch ein kaiserliches Handschreiben vom 21. August 1859 verfügt wurde.



Schlacht bei Solferino am 24. Juni 1859 (©Wien Museum)

Die Agenden des Ministeriums bezüglich Bauwesen und Gewerbeangelegenheiten wurden dem Innenministerium, das Konsularwesen dem Außenministerium und der Handel und die Aufgaben der Eisenbahn dem Finanzministerium übergeben.

Neugründung und Entwicklung innerhalb des Verfassungsstaates

Die angestrebten Einsparungen in der Zentralverwaltung stellten sich kaum ein. Kaiser Franz Joseph I. wollte keinesfalls das aus seiner Sicht überdimensionale alte Handelsministerium wieder auferstehen lassen. Schließlich setzte sich der Gedanke aber durch, dass ein eigenständiges für wirtschaftliche Angelegenheiten zuständiges Ministerium unerlässlich sei. Nur wenig später erfolgte daher auch die Neugründung des Handelsministeriums. Sie stand im Zeichen einer Abkehr vom Neoabsolutismus und einer Hinwendung zu Föderalismus und Liberalismus. Am 4. Februar 1861 wurde Matthias Constantin Capello Graf von Wickenburg zum Handelsminister ohne eigenen Wirkungskreis ernannt.



Matthias Constantin Capello Graf von Wickenburg (©Wien Museum)

Dem neuen „Ministerium für Handel und Volkswirtschaft“ oblagen die vorbereitenden Verhandlungen von Handel- und Gewerbe betreffenden Verträgen mit dem Ausland, die oberste Leitung von Handels und Gewerbeangelegenheiten, Angelegenheiten der Handels- und Gewerbekammern und zahlreiche andere die Wirtschaft betreffende Agenden (Maß- und Gewichtswesen, Marken- und Musterschutz, Industrieausstellungen u. Ä. m.).

Das Ministerium bezog nun ein Amtsgebäude in der Postgasse Nr. 10. Auf Vorschlag Wickenburgs wurden Departments für Handelsangelegenheiten, Gewerbewesen, Eisenbahnangelegenheiten, Schifffahrt, Berg- und Forstwirtschaft und Landwirtschaft eingerichtet. Der Personalstand schrumpfte von rund 400 im alten Ministerium auf 110 im neuen ganz beträchtlich. Trotz heftigen Widerstands des Ministers gingen durch die Einrichtung eines kurzlebigen Marineministeriums diesbezügliche Kompetenzen verloren, doch erhielt das Handelsministerium als Kompensation das Post- und Telegraphenwesen wieder zurück. Als Wickenburg mit einer Idee für eine Wiener Weltausstellung scheiterte, resignierte er am 20. Oktober 1863.



1., Postgasse 7 - Alte Universität,
Blick von Höhe Barbaragasse Richtung Bäckerstraße
(©Wien Museum)

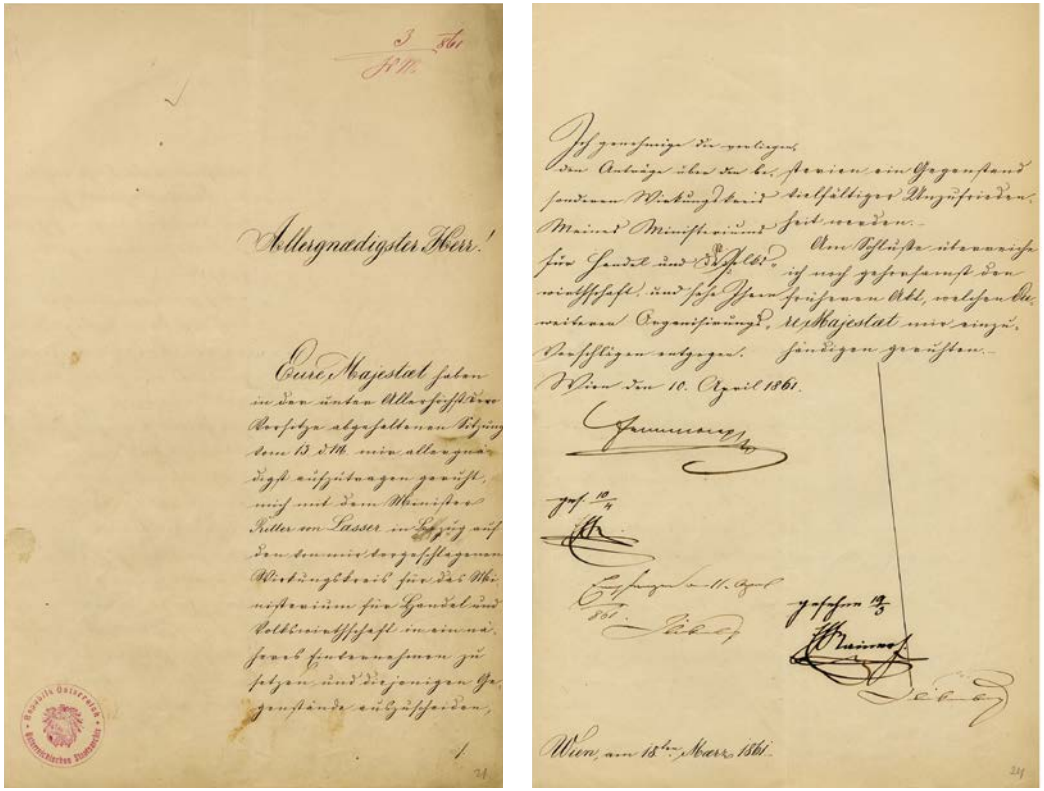
Die Gründung von 1861 gestaltete sich jedoch auch auf Grund von Kompetenzstreitigkeiten schwierig. Die verbindlich vorgesehene Mitwirkung anderer Ministerien der cisleithanischen Reichshälfte und vieler regionaler Behörden der Kronländer der Habsburgmonarchie schmälerte die Durchsetzungsfähigkeit des Ministeriums erheblich.

Der Ausgleich mit Ungarn 1867 und die damit verbundene Trennung in zwei autonome Reichshälften beschränkte territorial das Aufgabengebiet des Ministeriums auf die cisleithanischen Gebiete und löste immerhin das Problem der mühsamen Zusammenarbeit mit den ungarischen Zentralstellen. Agenden des Handelsministeriums, die den Außenhandel der nunmehrigen Doppelmonarchie betrafen, gingen an das für die Gesamtmonarchie zuständige Außenministerium. Dazu kam die Abspaltung des Ackerbauministeriums mit 30. Dezember 1867.



Aufteilung Cisleithanien-Transleithanien (©Wikipedia)

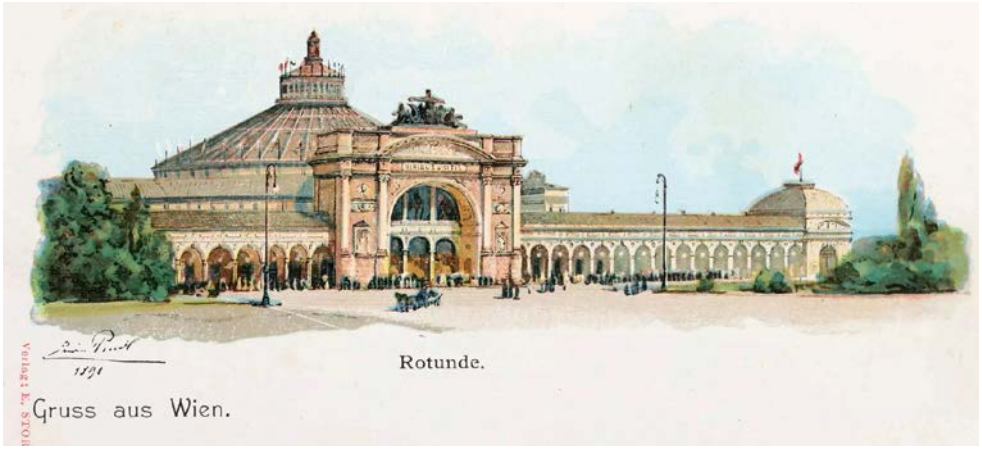
Das Aufgabengebiet des nunmehrigen k. k. Handelsministeriums veränderte sich in seinen grundlegenden Zügen bis zum Ende der Monarchie nun allerdings nicht mehr wesentlich. Das Ministerium war in eine Sektion für Handel, Gewerbe, Schifffahrt und Eisenbahnwesen und eine Post- und Telegraphensektion unter einem Generalpostdirektor gegliedert. 1874 erhielt das Eisenbahnwesen eine eigene Sektion.



„Allerunterthænigster Vortrag des treugehorsamsten Ministers für Handel und Volkswirtschaft womit der neugeordnete Entwurf zu dem besonderen Wirkungskreise dieses Ministeriums unterthänigst vorgelegt wird." von 18. März 1861 (©Österreichisches Staatsarchiv)

Außenhandel gewinnt an Bedeutung

Seit den 1860er Jahren und besonders gefördert durch die Wiener Weltausstellung 1873, die mit 194 Ausstellungspavillons, 35 teilnehmenden Nationen und 53.000 teilnehmenden Unternehmen eine Veranstaltung der Superlative darstellte, erlangte der Außenhandel größere Bedeutung für die Aktivitäten des Ministeriums – neben den traditionellen europäischen Außenhandelspartnern insbesondere auch mit dem ostasiatischen Raum.



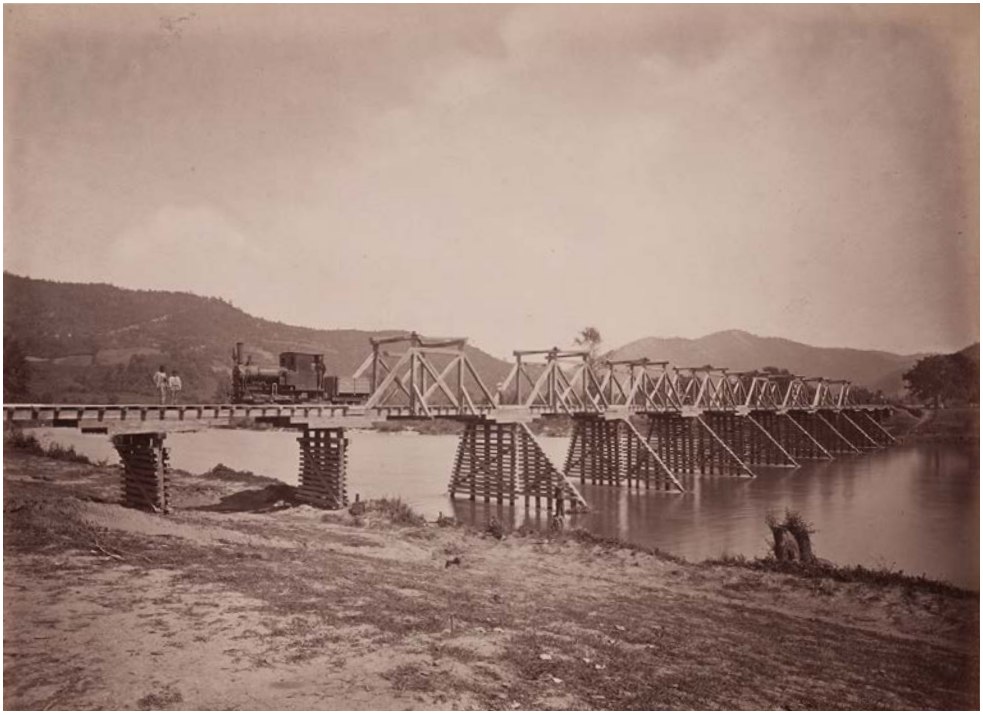
Prater, Rotunde: Zentraler Pavillon der Wiener Weltausstellung 1873 (©Wien Museum)

Das 1874 gegründete Österreichische Handelsmuseum entwickelte sich immer mehr zu einer der wichtigsten Stellen der Außenhandelsförderung. Nach 1918 wurden dessen Aufgaben von den Außenhandelsstellen der Kammern übernommen. Innerhalb des Ministeriums erhielt die gestiegene Bedeutung des Außenhandels durch Einrichtung eines Handelsstatistischen Dienstes 1890 und durch Einrichtung einer Sektion für internationale Handels- und Zollpolitik 1896 eine entsprechende Aufwertung.

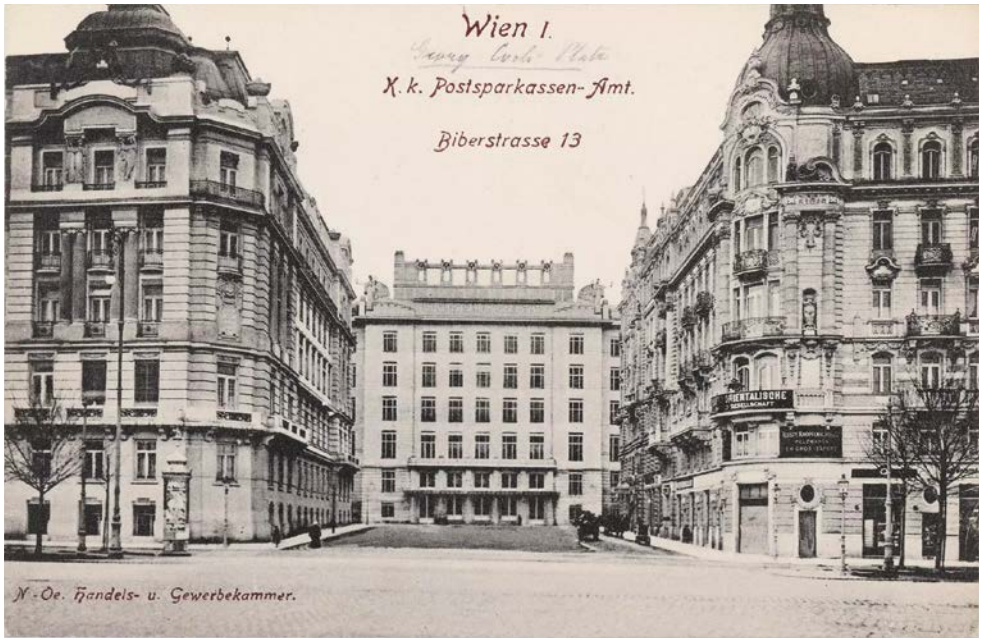
Ausbau von Infrastruktur

Ende des 19. Jahrhunderts erfolgte eine Wende in der österreichischen Eisenbahnpolitik. Die Staatsbahnen wurden ausgebaut und Privatbahnen zurückgedrängt. Dadurch wuchsen auch die Aufgaben der Eisenbahnsektion. 1894 wurde ein eigenes Lokalbahnamt im Handelsministerium eingerichtet.

1896 folgte schließlich die Gründung eines eigenständigen Ministeriums für das Eisenbahnwesen. Im Gegenzug wurde dem Handelsministerium 1899 das Patentamt und 1905 eine eigene Sektion für Handels- und Industriepolitik sowie Schifffahrt unterstellt.



Jelacic Brücke bei Maglaj, Bosnien-Herzegowina, 1880 (©ÖNB)



1., Georg-Coch-Platz - Blick vom Ring auf die Postsparkasse, Ansichtskarte (©Wien Museum)

Ein wichtige Rolle spielte das Handelsministerium bei der Gründung des Österreichischen Postsparkassenamtes im Jahr 1883. Die Gründung sollte Bezieherinnen und Beziehern kleiner Einkommen zur Eröffnung von Sparkonten ermöglichen. Durch den Postscheckverkehr erwies sie sich auch als innovativ, was die Einführung neuer Finanztechnologien anlangt.

Das nach der Jahrhundertwende initiierte große Infrastrukturprogramm der Regierung Ernest von Koerber führte zur Einrichtung einer Wasserstraßendirektion im Handelsministerium. Die Pläne für den Ausbau von Schifffahrtskanälen konnten jedoch aufgrund des sich verschärfenden Nationalitätenkonflikts nur zum kleineren Teil umgesetzt werden. Am 22. September 1905 gelangte schließlich auch die vom Innenministerium hartnäckig verteidigte Kompetenz über Verleihung und Umfang von Handels- und Gewerbebefugnissen bzw. Ahndung von Übertretungen an das Handelsministerium.

Gewerbeordnungsnovellen und soziale Fürsorge



Börsenkrach 1873 (©ÖNB)

Der Börsenkrach von 1873 und die wirtschaftlich krisenhafte Phase danach führte zur Reformgesetzgebung der 1880er Jahre und der Etablierung einer rudimentären Sozialversicherung. 1883 und 1885 wurden Gewerbeordnungsnovellen im Sinne des Arbeiterinnen- und Arbeiterschutzes durchgeführt, 1887 folgte die Einführung einer Unfallversicherung für Industriearbeiterinnen und -arbeiter und 1888 der Krankenversicherung.

Um die Reformen zu kontrollieren, wurden Gewerbeinspektorate eingerichtet, die in die Zuständigkeit des Handelsministeriums fielen. Die Einrichtung eines Arbeitsstatistischen Amtes 1898 stellte einen weiteren Schritt zur Wahrnehmung sozialpolitischer Agenden im Ministerium dar. Das Amt wurde innerministeriell der Handelsstatistik zugeteilt, die Gewerbeinspektorate der Gewerbesektion.

Nach der Jahrhundertwende verstärkte sich der politische Druck zur Einrichtung einer sozialpolitischen Sektion im Ministerium, die im Jahr 1908 unter Viktor Mataja eingerichtet wurde. Sie umfasste die Gewerbeinspektion, das Arbeitsstatistische Amt und die Handelsstatistik. Die enormen sozialen Verwerfungen des Ersten Weltkrieges sorgten schließlich 1917 für die Gründung eines Ministeriums für soziale Fürsorge.

Kompetenzstreitigkeiten vor und während des Ersten Weltkriegs

Das im Jahr 1908 geschaffene Ministerium für öffentliche Arbeiten übernahm nicht ganz unwesentliche Kompetenzen des Handelsministeriums.

> Zu den Agenden des Ministeriums für öffentliche Arbeiten zählten unter anderem Administrative und Technische Bauangelegenheiten, Hochbau, Straßen- und Brückenbau, Gewerbeförderung, Elektrizitätswesen, Eichwesen, Marken- und Musterschutz, Technisches Versuchswesen, Gewerbliches Bildungswesen und Tourismusförderung.

Das neue Ministerium war jedoch in vielfache Kompetenzstreitigkeiten mit anderen Ministerien und Unterbehörden verwickelt, die sich bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges nicht bereinigen ließen.

Während des Ersten Weltkrieges folgte ein Konflikt zwischen militärischen und zivilen Kompetenzen sowie staatlichen und privaten Stellen. 1916 musste das Handelsministerium Agenden an das neugeschaffene Amt für Volksernährung abtreten, behielt aber ein Mitspracherecht. Der Handelsminister hatte auch die oberste Leitung der für die Versorgung zuständigen privatwirtschaftlich geführten Kriegszentralen. Das Konzept eines Generalkommissariats für die Kriegs- und Übergangswirtschaft sollte die Agenden der handelspolitischen und der Industriesektion vereinigen, nahm seine Tätigkeit in der Endphase des Krieges aber de facto nicht mehr auf.



Niederösterreichische Essensmarke aus dem Ersten Weltkrieg (©Wien Museum)

EXKURS

Tourismus

Bis zum 19. Jahrhundert war Reisen für die meisten Menschen unerschwinglich. Erst das Entstehen einer aufgeklärten Bildungsgesellschaft, das starke Bevölkerungswachstum und bessere Lebens- und Arbeitsstandards ermöglichten den modernen Tourismus.

Einen starken Impuls für Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur gab die Weltausstellung in Wien 1873. Sie stellte für die Tourismusbranche eine große Herausforderung dar. Schließlich besuchten in den sechs Monaten der Weltausstellung 7,25 Millionen Gäste Wien. Neben dem Städtetourismus entwickelte sich auch der Berg- und Skitourismus immer mehr. Das ließ den Fremdenverkehr bis 1914 zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor wachsen.



Historisches Plakat der österreichischen Verkehrswerbung (©Österreich Werbung)

Der Erste Weltkrieg brachte den österreichischen Tourismus dann zum Erliegen. Gäste konnten und wollten nicht reisen, und Österreich, vom Großstaat zur Kleinrepublik geschrumpft, musste viele seiner wichtigen Fremdenverkehrsgebiete abtreten. Um dem entgegenzuwirken, wurde viel in die Verkehrsinfrastruktur investiert: in das Schienen- und Straßennetz, Seilbahnanlagen und den Flugverkehr. Zusätzlich wurde 1923 die „Österreichische Verkehrswerbung Ges.m.b.H“ gegründet. Mit der Wirtschaftskrise 1929 kam aber bereits wieder die nächste Hürde für den österreichischen Tourismus.

Während der Jahre der Dollfuß-Schuschnigg-Kanzlerdiktatur wurde der Fremdenverkehr zur Bundessache erklärt. Die neugeschaffene Österreichische Verkehrswerbung sollte vor allem der Politik des deutschen Reichs entgegenwirken, die den Zustrom von Touristen aus Deutschland durch die „Tausend-Mark-Sperre“ stark beschränkte.

Außerdem wurden für die Hotellerie acht Millionen Schilling zur Verfügung gestellt und die Tourismuswerbung in anderen Quellmärkten intensiviert.

Der politische „Anschluss 1938“ führte auch zur Eingliederung der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft ins deutsche System: Mit Ende Juni 1938 wurden alle Verbände, Interessenvereinigungen und Arbeitsgemeinschaften aufgelöst. Mit dem Zweiten Weltkrieg kollabierte der Tourismus fast völlig und wurde zunehmend zum Spielball der Politik.

Nach 1945 war ein Großteil der – auch touristischen – Infrastruktur zerstört. Beim Wiederaufbau war man sich aber der wichtigen Rolle des Fremdenverkehrs sehr wohl bewusst. 1946 wurde im Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau daher die „Stelle für den Wiederaufbau des österreichischen Fremdenverkehrs“ eingerichtet, die verschiedene Aktionen startete. Unter anderem sollte mit der „Touristenkarte“ dem Auslandstourismus wieder auf die Beine geholfen werden. Für jene Österreicherinnen und Österreicher, die sich keinen Urlaub leisten konnten, wurde außerdem die „Österreichische Reisekasse“ gegründet. Ab den 1950er-Jahren zeigte sich der wirtschaftliche Aufschwung auch wieder im österreichischen Tourismus.

In den nächsten Jahrzehnten erhöhte die zunehmende Globalisierung einerseits den Konkurrenzdruck. Andererseits konnte der österreichische Tourismus aber in hohem Maße von den Erleichterungen beim Reisen durch die Ostöffnung, den EU-Beitritt sowie die EU-Osterweiterung profitieren.

Die größte Herausforderung für den Tourismus stellte sicherlich die Corona-Pandemie in den letzten Jahren dar. Sie hat uns auch vor Augen geführt, wie verletzlich der globalisierte Tourismus ist. Die Tourismuspolitik versuchte in diesen Jahren daher Maßnahmen zu setzen, um die touristischen Betriebe in dieser Zeit bestmöglich zu unterstützen. Heute erreichen die Nächtigungszahlen wieder ähnliche Werte wie vor der Pandemie und Österreich zählt im internationalen Reiseverkehr wieder zu den tourismusintensivsten Ländern der Welt.

Erste Republik



Johann Zerdik (©ÖNB)

Mit dem Zerfall der Donaumonarchie und der Gründung der Republik Deutschösterreich wurden mit dem ersten Staatsgesetzblatt Staatsämter eingerichtet, die die Agenden der kaiserlichen Ministerien auf dem Gebiet von Deutschösterreich übernahmen. Dementsprechend entstand ein Staatsamt für Handel, Gewerbe und Industrie – kurzfristig unter der Leitung von Karl Urban, der schon 1916–1917 das Amt ausgeübt hatte.

Auf die explizite Einrichtung eines Staatsamtes für öffentliche Arbeiten wurde zwar vergessen, doch nahm auch dieses schließlich seine Tätigkeit unter Johann Zerdik auf. Beide Ministerien zusammen verfügten über 13 Sektionen mit 125 Abteilungen, eine für einen nunmehrigen Kleinstaat überbordende Größe.

Nach den Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung von 1919 wurde am 14. März das Staatsamt für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten mit dem Staatsamt für öffentliche Arbeiten zusammengelegt. Es stand nun unter der Leitung Zerdiks, dem Wilhelm Ellenbogen als Unterstaatssekretär beigegeben wurde.

Mit der Neugründung wurde auch wieder das gesamte Gewerbewesen in einem Ressort vereinigt. Das Staatsamt musste jedoch auch viele Agenden übergeben, so etwa die Agenden für Schifffahrt, Telegraphen- und Telefonwesen, für den Fremdenverkehr und die zivile Luftfahrt an das Staatsamt für Verkehr.

Die unmittelbare Nachkriegszeit stand im Zeichen enormer Versorgungsnot und wurde durch die Abschottungspolitik der Nachfolgestaaten weiter verschärft. Das ausgeprägte Außenhandelsdefizit, welches vor allem durch die Notwendigkeit massiver Importe von Nahrungsmitteln bedingt war, blieb ein wirtschaftspolitisches Kernproblem der gesamten Zwischenkriegszeit. Auf Zerdik ging die Idee der Gründung der Wiener Messe zurück, die unter seinem Nachfolger Eduard Heinl 1921 umgesetzt und zu einem wichtigen Faktor im österreichischen Wirtschaftsleben wurde. Insgesamt hatte Heinl sechsmal das Handelsressort inne.



9., Liechtensteinstraße - Fürstenhof, ehemaliges k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten (©Wien Museum)

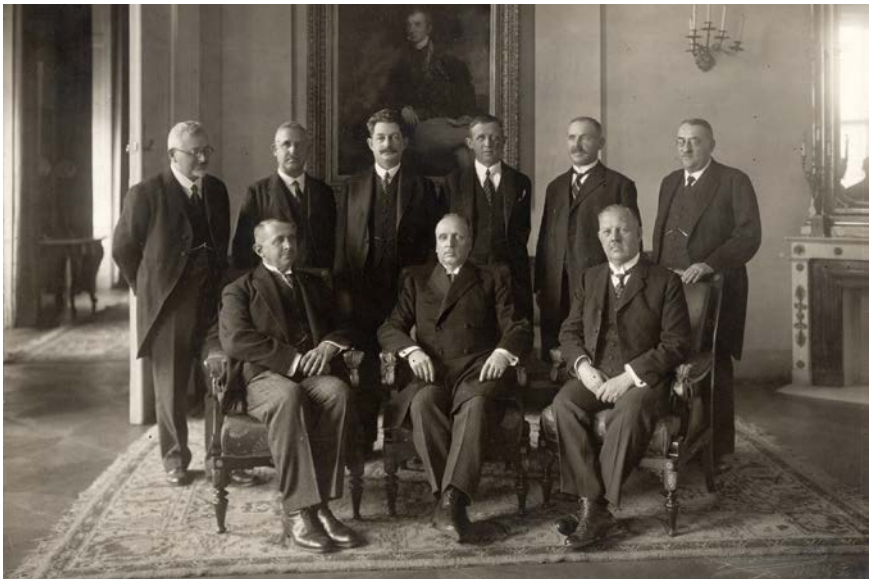
Mit dem Bundesverfassungsgesetz vom 1. Oktober 1920 erhielt das Staatsamt die Bezeichnung Bundesministerium. Zunächst in der Liechtensteinstraße angesiedelt, bezog es 1924 neben anderen Ministerien seinen heutigen Standort im ehemaligen Kriegsministerium am Stubenring. Nach der Änderung der Staatsform übernahm das Ministerium die Verwaltung der nunmehr staatlichen Hofgebäude und das Bundesmobiliendepot als zusätzliche Aufgaben.



1., Stubenring - Kriegsministerium, Ansichtskarte (©Wien Museum)

Bundesministerium für Handel und Verkehr

Die Genfer Sanierung 1922 stabilisierte die im freien Fall befindliche österreichische Währung, die Krone, mittels einer internationalen Anleihe, zwang aber gleichzeitig zu drastischen Einsparungen im Staatshaushalt. In diesem Zusammenhang wurde das Bundesministerium für Verkehr aufgelöst und dem Handelsministerium zugeschlagen, welches nunmehr Bundesministerium für Handel und Verkehr hieß. Ausgegliedert wurden die Österreichischen Bundesbahnen als staatliche Unternehmung, die Berghauptmannschaften aufgelöst. Im Jahr 1925 wurde die Zahl der Sektionen von sieben auf vier, der Abteilungen von 50 auf 22 reduziert. Im Rahmen der Verfassungsnovelle 1925, die die Umwandlung Österreichs in einen Bundesstaat vollendete, wurden das Elektrizitätswesen und auch die Straßenpolizei dem Ministerium zugeordnet. Weitere Zuständigkeiten wurden an das Unterrichts- bzw. das Finanz- und das Landwirtschaftsministerium abgetreten.



Regierung Streeruwitz: Sitzend v.l.: Streeruwitz, Miklas, Vaugoin.
Stehend v.l.: Mittelberger, Slama, Handelsminister Schürff, Czermak, Födermayer, Resch.
(©ÖNB)

Eine Ministerära in der Zwischenkriegszeit begründete Hans Schürff, der von 1923 bis 1929 an der Spitze des Ministeriums stand. In Schürffs Amtszeit fiel der Abschluss zahlreicher Handelsverträge mit den

wichtigsten Außenhandelspartnern, die Reorganisation der Eisenbahnverwaltung und die besondere Förderung des noch wenig entwickelten Tourismus. Die gewerbliche Mittelstandspolitik ging im Wesentlichen auf autonome Gewerbeförderanstalten in den Ländern über.

Während der Jahre der Dollfuß-Schuschnigg-Kanzlerdiktatur legten die Minister Fritz Stockinger und Wilhelm Taucher den Schwerpunkt auf eine protektionistisch orientierte, gewerbliche Mittelstandspolitik. Durch Sperrverordnungen wurde während der Weltwirtschaftskrise eine Bestanderhaltungspolitik betrieben, die jedoch wenig erfolgreich war. Ein großer Fokus wurde auch auf den Tourismus gelegt, da Deutschland diesen mit der „Tausend-Mark-Sperre“ als wirtschaftspolitische Waffe einsetzte.

Am 16. Februar 1938 wurde Julius Raab zum Bundesminister für Handel und Verkehr ernannt. Durch sein großes wirtschaftliches Engagement während der Zwischenkriegszeit schien er für dieses Amt prädestiniert. Aber bereits drei Wochen später ging mit dem Rücktritt Schuschniggs auch seine Ministerschaft zu Ende.

Am Vorabend des „Anschlusses 1938“ bestanden im Bundesministerium für Handel und Verkehr folgende Sektionen: I. Technische Sektion (Bundesbaudienst), II. Handels- und Industriepolitik, III. Rechts- und Gewerbesektion, IV. Verkehrssektion. Daneben ressortierten die Oberste Bergbehörde, die Bundesgebäudeverwaltung und einige Sonderreferate im Ministerium. Angesichts des sich abzeichnenden Aufschwungs des Kraftfahrtwesens kündigte sich die Wiedererrichtung eines Verkehrsministeriums an. Diese kam aber bis März 1938 nicht mehr zustande.

NS-Zeit



Wehrmachtsoldaten vor dem ehemaligen österreichischen Kriegsministerium am Stubenring (©ÖNB)

Mit dem „Anschluss“ endete für sieben Jahre die Existenz eines eigenständigen österreichischen Staates. Zwar lag der NS-Führung alles daran, die Rechtspersönlichkeit des Landes Österreich möglichst umgehend zu beseitigen, tatsächlich dauerte es aber bis zum 31. März 1940, bis die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich bürokratisch vollzogen war.

Die Auflösung der österreichischen Ministerien vollzog sich dabei in mehreren Schritten. Im „Anschlusskabinett“ unter Kurzzeit-Bundeskanzler Artur Seyß-Inquart übernahm Hans Fischböck die Agenden des Ministers für „Handel und Verkehr“. Er war schon zuvor am 18. Februar zum „Mandatar des Staatsrates“ berufen worden und war als solcher für die wirtschaftlichen Kontakte zu NS-Deutschland zuständig. Nach dem „Anschluss“ blieb die „Österreichische Landesregierung“ weiterbestehen, wurde allerdings verkleinert.

Am 15. Mai 1938 wurde das Ministerium für Handel und Verkehr mit dem Ministerium für soziale Verwaltung zum Ministerium für „Wirtschaft und Arbeit“ vereinigt. Zudem wurde Fischböck im verkleinerten Kabinett auch Finanzminister. Die tatsächliche Macht lag aber spätestens seit 1. Mai beim „Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs“ Josef Bürckel. Fischböck sollte allerdings

insofern noch eine nicht unwesentliche Rolle spielen, da er das ab November 1938 umgesetzte Konzept zur „Arisierung“ des Einzelhandels ausarbeitete, welches zum Vermögensentzug aller jüdischer Geschäftsinhaber in Österreich führte.

Die Gesetzgebungskompetenz der „Österreichischen Landesregierung“ blieb zwar noch bis zum „Ostmarkgesetz“ vom 1. Mai 1939 bestehen, wurde jedoch laufend beschnitten. Ministerien in Berlin übernahmen schon wenige Wochen nach dem „Anschluss“ die Agenden der Handelspolitik und Luftfahrt. Die Verkehrssektion des Handelsministeriums wickelte die Eingliederung der Österreichischen Bundesbahnen in die Reichsbahnen ab. Die Verkehrsangelegenheiten gingen an das Reichsverkehrsministerium.

Eine Außenstelle des Reichswirtschaftsamtes in Wien übernahm das Personal des Ministeriums, soweit es nicht aus politischen oder rassischen Gründen sofort gekündigt wurde. De facto blieben lediglich das Oberbergamt und das Amt für Eich- und Vermessungswesen unter anderen Namen bestehen. Das gewerbliche Bildungswesen wanderte endgültig in das Unterrichtsministerium ab.



Generaloberst Fedor von Bock vor dem Kriegsministerium in Wien, anlässlich der Hissung der Reichskriegsflagge (©ÖNB)

Im Regierungsgebäude am Stubenring blieben die zivilen Ämter noch bis Oktober 1938 untergebracht. Nach dem „Anschluss“ mussten diese jedoch dem Wehrkreiskommando XVII der Nationalsozialisten weichen. Erneut hielt der Krieg Einzug am Stubenring. Im Dienste des Nazi-Regimes wurden im Kriegsministerium wieder Angriffspläne ausgearbeitet und durchgeführt.

Im Zeichen des Wiederaufbaus und der Westintegration

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges und der Ausrufung der Zweiten Republik wurden von der provisorischen Staatsregierung ein Staatsamt für Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr und ein Staatsamt für öffentliche Bauten, Übergangswirtschaft und Wiederaufbau geschaffen. Nach den Wahlen von November 1945 ergab sich mit 20. Dezember 1945 die Aufgliederung in ein Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau, ein Ministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung und ein eigenständiges Ministerium für Verkehr.

Nachdem sich Eugen Fleischhacker, der erste Handelsminister der Zweiten Republik, aus gesundheitlichen Gründen bereits im Mai 1946 zurückgezogen hatte, stand das Ministerium bis 1948 unter der Leitung von Eduard Heinl. Dieser betrieb den Abschluss von Handelsverträgen, die Rekonstruktion des österreichischen Patentrechtes und die Ankurbelung der Baustoffproduktion. Auch unter seinen unmittelbaren Nachfolgern stand der Wiederaufbau im Mittelpunkt der Aktivitäten des Ministeriums. Von 1945 bis 1952 vorübergehend am Schwarzenbergplatz 8 untergebracht konnte das Handelsministerium erst 1954 wieder am Stubenring einziehen, da der Mitteltrakt des Regierungsgebäudes in der Endphase des Zweiten Weltkrieges durch Bombenangriffe schwer beschädigt worden war.



3., Schwarzenbergplatz 8 (©Fotoarchiv Bundesdenkmalamt)

Mit Agenden eines „Wirtschaftsministeriums“ war von 1945 bis 1949 jedoch auch das „Ministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung“ befasst, zu dessen Aufgaben unter anderem die Abwicklung „deutschen“ Vermögens, welches in den Zonen der Westmächte zur treuhändigen Verwaltung an Österreich übergeben worden war, sowie die Rückstellungen von Betrieben zählten.



Fritz Bock
(©Österreichisches Parlament)

Mit dem Abschluss des Wiederaufbaus und der 1953 einsetzenden Hochkonjunktur rückte die Öffnung der österreichischen Wirtschaft zum Weltmarkt in den Fokus der Aufgaben des Handelsministeriums. Zunächst noch als Staatssekretär, ab 1956 bis 1968 als Minister, setzte Fritz Bock einige wichtige Akzente. Der Schwerpunkt seiner Tätigkeit lag beim Wohnhaus-Wiederaufbau-Fonds und dem beginnenden Autobahnbau. Außerdem wurden Ende der 50er Jahre die Wiener Hofburg sowie die Militärakademie in Wiener Neustadt renoviert und der Zubau des Finanzministeriums errichtet.

In der Außenwirtschaftspolitik stellte die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die mit 1. Jänner 1958 als Zollunion in Kraft trat, für die österreichische Handelspolitik eine gravierende Herausforderung dar. Bock versuchte dem durch Engagement bei der Gründung der EFTA 1959 entgegenzuwirken – da der Großteil des Außenhandels trotz einer gewissen Verschiebung zugunsten der EFTA-Länder weiterhin mit der EWG abgewickelt wurde,



Unterzeichnung.der römischen Verträge vom 25. März 1957 in Rom
(©APA)



Wiederaufbau des Dachstuhls auf dem Regierungsgebäude am Stubenring nach dem Zweiten Weltkrieg (©ÖNB)

versuchte Österreich unter Minister Bock einen „Alleingang nach Brüssel“ zum Zweck eines engen Assoziationsabkommens. Der Vorstoß scheiterte allerdings – nicht zuletzt deshalb, weil die EWG selbst noch in einer Konsolidierungsphase steckte.

Unter der Alleinregierung von Kanzler Josef Klaus (1966–1970), der zu Minister Bock ein angespanntes Verhältnis hatte, wurde der Sektor „Bauten“ aus dem Handelsministerium herausgelöst und ein eigenes Bautenministerium ins Leben gerufen. Bock musste 1968 als Minister gehen. Als Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie folgte ihm Otto Mitterer.



Das Regierungsgebäude am Stubenring in seiner heutigen Form (©BHÖ/Grüssl)

Von der Kreisky-Ära bis zur Jahrtausendwende

In der Minderheitsregierung unter Bruno Kreisky wurde Josef Staribacher Minister für Handel, Gewerbe und Industrie und gehörte von 1970 bis 1983 allen vier Regierungen Bruno Kreiskys an. Im Präsidium war neben wirtschaftspolitischen Agenden auch der damals noch junge Umweltschutz verankert. Außenstellen bei der EFTA und EG bestanden in Genf und Brüssel.

In der Öffentlichkeit wurde in der Ära Staribacher besonders die Förderung der Modernisierung von Tourismusbetrieben und die Werbung für den Sommertourismus wahrgenommen.



Josef Staribacher
(©Österreichisches Parlament)

Strukturwandel in der Industrie

Schon zu Beginn der 1970er Jahre beschäftigte trotz der bestehenden Hochkonjunktur der Strukturwandel in der Industrie die Wirtschaftspolitik. Im Ministerium kam es zu einer Aufteilung in funktionelle, sektorale und regionale sowie industriepolitische Maßnahmen. Mittels der funktionellen Industriepolitik wurden Kooperationen zwischen in- und ausländischen Unternehmen gefördert und internationale Vereinbarungen geschlossen. Ein 1971 erstelltes „Arbeitsprogramm für regionale Industriepolitik“ diente vor allem dazu, Problemzonen in den von Betriebsabwanderungen gekennzeichneten Grenzgebieten zu Bayern und den Ostblockstaaten zu erfassen.

Verhandlungen mit der EWG

Die Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen Österreichs mit der EWG und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl erfolgten unter maßgeblicher Beteiligung des Ministeriums und wurden 1972 erfolgreich abgeschlossen. Das Freihandelsabkommen ermöglichte den völligen Abbau von Zöllen und Handelsschranken für gewerbliche und industrielle Waren und bildete in der Folge eine wichtige Vorleistung für den 1989 abgesandten „Brief nach Brüssel“ und den ihm folgenden EWR- bzw. EU-Beitritt.

In den 70er Jahren war das Ministerium auch mit der durch den Erdölpreisschock von 1973 ausgelösten Energiekrise konfrontiert. Als Maßnahme dagegen wurde 1974 etwa der mäßig erfolgreiche „autofreie Tag“ verkündet. Es kam aber auch zu verschiedenen



Brüssel, 28.02.1994 - Die Österreichische Delegation bei den EU Beitrittsverhandlungen in Brüssel (©APA)

Novellen der Gewerbeordnung und Förderaktionen für Klein- und Mittelbetriebe. 1977 wurde vom Ministerium eine Aktion zur „Förderung von Betriebsneugründungen und -übernahmen“ ins Leben gerufen, welche vor allem die Nahversorgung in abwanderungsgefährdeten Gebieten verbessern sollte. Mit dem Konsumentenschutz wuchs dem Ministerium zudem eine neue Aufgabe zu.



Seit dem EU-Beitritt schmückt die EU-Fahne auch das Regierungsgebäude am Stubenring (©BHÖ/Grüssl)

Nach den Ministern der 80er Jahre, Norbert Steger und Robert Graf, übernahm Wolfgang Schüssel im April 1989 das Wirtschaftsministerium. Der geplante EWR- bzw. EU-Beitritt kündigte sich bereits an. Der EWR-Vertrag, für den das Ministerium von österreichischer Seite wichtige vorbereitende Arbeiten leistete, wurde am 2. Mai 1992 in Porto geschlossen. Die wichtige Rolle des Ministeriums im Zuge des darauffolgenden EU-Beitritts kam auch in den finalen Verhandlungen im Jahr 1994 zum Ausdruck, in denen Finanzminister Ferdinand Lacina und Wirtschaftsminister Wolfgang Schüssel federführend waren.



Wolfgang Schüssel (©Parlamentsdirektion/WILKE)

1989 befasste sich nunmehr die Sektion I im Ministerium mit multilateralen Angelegenheiten im Außenhandel, die Sektion II mit bilateralen Themen. Gewerbe, Industrie, Hochbau, Bundesstraßen, Energie, Technik, Innovation, Wirtschaftliche Koordination und die Oberste Bergbehörde waren in weiteren Sektionen untergebracht. Im Zuge des EU-Beitritts erhielt die Sektion I den Namen „Europäische Integrationsübereinkommen und multilaterale Außenwirtschaftspolitik“.

Gewerbenovelle und Bündelung von Förderungsinstitutionen



Johannes Ditz
(©Nora Schuster)



Johann Farnleitner
(©BMAW)

Mit der Gewerbeordnungsreform von 1992 wurde eine Liberalisierung und ein Modernisierungsschub im Gewerberecht angestrebt, um die Überregulierung zu verringern. Auch unter Schüssels Nachfolgern Johannes Ditz und Johann Farnleitner wurden die Liberalisierungsschritte fortgesetzt.

Die Gewerbeordnungsnovelle 1997 sah Erleichterungen bei den Befähigungsnachweisen vor. Durch Umwandlung von bestehenden Handwerken zu freien Gewerben sank außerdem die Zahl der Handwerke erstmals seit 1973 wieder.

Um alle wirtschaftsnahen Förderungen des Bundes zu bündeln, wurden früher im Ressort selbst abgewickelte Aktionen zu bestehenden Förderungsinstitutionen ausgelagert. Die Koordinierung ihrer Aktivitäten sowie der EU-Kofinanzierung wurde in der Förderungsagentur des Ministeriums bei der bereits bestehenden Innovationsagentur angesiedelt.

In die Amtszeit von Bundesminister Farnleitner fiel auch das Grubenunglück in Lassing, das in den Folgejahren zu Reformen im Montanwesen führte. Die Berghauptmannschaften wurden abgeschafft, ihre Kompetenzen wurden von der Obersten Montanbehörde übernommen, die in der Sektion Energie und Bergbau des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten angesiedelt war.

Wirtschaft und Arbeit

Nach den Wahlen im Herbst 1999 zerbrach die „Große Koalition“ und es kam wieder zur Zusammenführung von Wirtschaft und Arbeit in einem Ministerium, dem Martin Bartenstein von Februar 2000 bis Dezember 2008 als Minister vorstand.



Martin Bartenstein
(©BMAW/Jungwirth)

Das durch die Arbeitsmarktagenden inhaltlich erweiterte Wirtschaftsministerium gab gleichzeitig den Straßenbau und die Bahnangelegenheiten dem Ministerium für Verkehr, Innovation und Technologie ab, die Wasserwirtschaft an das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. Die nunmehr zehn Sektionen und Center des Wirtschaftsministeriums befassten sich mit Wirtschaftspolitik, Außenwirtschaftspolitik und Europäische Integration, Gewerbe, Ingenieurwesen und Montanbehörde, Industrie, Technik und Innovation, Bundeshochbau, Wirtschafts- und Sozialpolitik (besonders Beschäftigungspolitik), Tourismus, Energie, Arbeitsrecht und Allgemeiner Sozialpolitik. Das zentrale Arbeitsinspektorat bildete eine eigene Sektion. Das Ministerium betreute auch die Ständige Vertretung bei der Europäischen Union in Brüssel und der WTO in Genf.

Durch den EU-Beitritt 1995 und die Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion 1999 veränderten sich die Aufgaben des Ministeriums auf dem Gebiet der Außenwirtschaftspolitik erheblich. Im „Center für Außenwirtschaftspolitik und europäische Integration“ wurde die zentrale Koordination der österreichischen Position in Fragen der EU-Außenhandelspolitik verankert. Das Center betreute die Agenden der Außenwirtschaftsadministration, Förderung, Politik, Recht, Binnenmarkt und WTO.

Die Jahre nach der Jahrtausendwende waren vor allem durch die neuen Rahmenbedingungen im gemeinsamen europäischen Markt geprägt. Industriepolitisch bedeutete dies eine allmähliche Abkehr von der Förderung von Investitionen über niedrige Zinssätze und Haftungen sowie steuerliche Begünstigungen hin zur Förderung von Eigenforschung, Bildung von Kompetenzzentren und Industrieclustern im Zuge eines sich verschärfenden globalen Wettbewerbs.



Seit dem EU-Beitritt 1995 gehören Verhandlungen bei den EU-Ministerräten zu den Aufgaben der Bundesministerinnen und Bundesminister. (©BMAW/Holey)

Verbindung der Wirtschaft mit neuen Agenden

Unter Bundesminister Reinhold Mitterlehner übernahm das Ministerium neben dem Aufgabengebiet der Wirtschaft temporär auch die Agenden „Familie und Jugend“, bis nach den Wahlen im September 2013 ein eigenständiges Ministerium für Familie und Jugend geschaffen wurde. Das Wirtschaftsministerium übernahm dafür zum angestammten Aufgabengebiet die Agenden „Wissenschaft und Forschung“. Von 1. September 2014 bis zum 17. Mai 2017 war Reinhold Mitterlehner zudem Vizekanzler der Republik Österreich. Gleichzeitig wurde im Wirtschaftsministerium ein Staatssekretariat geschaffen. Das Amt des Staatssekretärs übernahm Harald Mahrer.

In dieser Zeit wurde in der Forschungs- und Entwicklungspolitik die Grundlagenforschung mit Hilfe von Förderpaketen unterstützt. Eine „Forschungsmilliarde“ ermöglichte die Höherdotierung des Wissenschaftsfonds FWF und der Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung.

Nach dem Rücktritt von Reinhold Mitterlehner wurde Harald Mahrer von 17. Mai bis 18. Dezember 2017 Bundesminister für Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung.

Ab 2018 firmierte das Ministerium unter der Bezeichnung „Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort“. Bundesministerin Margarete Schramböck trieb die Modernisierung der digitalen Verwaltung stark voran. Über die Website www.oesterreich.gv.at und die App „Digitales Amt“ können sich die Bürgerinnen und Bürger viele Amtswege ersparen und z.B. Urkunden für sich und ihre Kinder online beantragen oder den Hauptwohnsitz ändern. Mit dem Unternehmensserviceportal und der Elektronischen Zustellung wurde die Zahl der erforderlichen Behördenkontakte für Unternehmen reduziert.



Reinhold Mitterlehner
(©BMAW/Ringhofer)



Harald Mahrer
(©BMAW/Marek Knopp)



Margarete Schramböck
(©BMAW/Hartberger)

Nach 1998 und 2006 übernahm Österreich im zweiten Halbjahr 2018 zum dritten Mal den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Seitens des Wirtschaftsministeriums lag der Fokus auf dem Ausbau des EU-Binnenmarktes, der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und des Industriestandortes Europa sowie der Förderung von Innovationen. Gleichzeitig sollte Österreich zur Gruppe der europäischen Innovation- und Digitalisierungs-Leader aufsteigen.



Bei der Informellen Tagung der Ministerinnen und Minister für Handel wurde in Innsbruck unter dem Motto „Trade. Jobs. Future." über Herausforderungen, Chancen und die öffentliche Wahrnehmung der EU-Handelspolitik diskutiert. (©BKA/Martin Votava)



Elisabeth Udolf-Strobl (©BMAW/Wenzel)

Im Mai 2019 übernahm Bundesministerin Elisabeth Udolf-Strobl die Leitung des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort in der Beamtenregierung von Brigitte Bierlein. Nach den Wahlen im Herbst 2019 kehrte Margarete Schramböck als Ministerin zurück. Die Corona-Pandemie erforderte ab März 2020 einen starken Fokus auf Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen. Mit der Investitionsprämie konnte dem Rückgang der Unternehmensinvestitionen während der Pandemie entgegengewirkt werden. Mit den über 240.000 zugesagten Anträgen von Unternehmen wurden insgesamt 17 Milliarden Euro an Investitionen ausgelöst.

Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft

Am 18. Juli 2022 wurde Martin Kocher – seit Jänner 2021 schon Arbeitsminister – als Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft angelobt. Damit wurden die Bereiche Arbeit und Wirtschaft wieder zusammengeführt, wie bereits 1848 unter Minister Hornbostel.

Während der Corona-Pandemie konnten durch die rasche Möglichkeit der Corona-Kurzarbeit viele Arbeitsplätze gesichert und der Arbeitsmarkt stabil gehalten werden. Im ersten Halbjahr 2022 sind die Arbeitslosenzahlen dank dem Konjunkturaufschwung sogar unter das Vor-Corona-Niveau 2019 gesunken. Durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine und die damit stark gestiegenen Energiepreise entstanden aber bereits die nächsten Probleme für die Unternehmen. Mit dem Energiekostenzuschuss wurde eine Förderung geschaffen, um die gestiegenen Kosten abzufedern und den Unternehmen dabei zu helfen, wettbewerbsfähig zu bleiben.

Eine große Herausforderung stellt der akute Fachkräftemangel dar. Um diesem entgegenzuwirken wurden verschiedene Maßnahmenpakete geschnürt. Durch die duale Ausbildung werden sehr gut qualifizierte Fachkräfte direkt von unseren Unternehmen ausgebildet. Mit der „Dualen Akademie“ und der Höheren Beruflichen Bildung wurden auch Weiterbildungsmöglichkeiten nach dem Lehrabschluss geschaffen. Seit September 2023 können Jugendliche dank der Pflegelehre bereits früher mit der Ausbildung im Pflegeberuf beginnen. Wie erfolgreich das österreichische Modell



Bundespräsident Alexander van der Bellen, Staatssekretärin Susanne Kraus-Winkler, Bundesminister Martin Kocher und Bundeskanzler Karl Nehammer nach der Angelobung am 18. Juli 2022. (©BMAW/Holey)

der dualen Ausbildung ist, zeigen unsere jungen Fachkräfte jedes Mal bei den WorldSkills und den EuroSkills – den Berufsmeisterschaften der Lehrberufe. Dieses Jahr gewannen unsere jungen Fachkräfte bei den EuroSkills in Gdańsk in den verschiedenen Wettbewerben 18 Medaillen und wurden damit Europameister. Auch internationale Vertragsabkommen zur Lehrlingsausbildung, wie zum Beispiel mit den USA und Indonesien, bestätigen den Erfolg der österreichischen Lehrausbildung.

Mittels der Erweiterung der Mangelberufsliste und der Reform der Rot-Weiß-Rot - Karte werden Maßnahmen verbessert, um qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland anzuwerben. Das Programm „Invest in Austria“ hilft internationalen Unternehmen bei der Ansiedlung in Österreich. Mit FISA+ werden wiederum Anreize gesetzt, um mehr internationale Film- und Serienproduktionen nach Österreich zu holen und auch so Arbeitsplätze zu schaffen und Investitionen auszulösen.

Als Exportland spielen globale Wirtschaftskooperationen für Österreich weiterhin eine entscheidende Rolle. Durch bilaterale Abkommen sowie Handelsverträge auf EU-Ebene arbeiten wir auch hier daran, die Voraussetzungen für internationalen Handel unserer Unternehmen laufend zu verbessern. Durch die Teilnahme an EXPOs – wie etwa der EXPO 2020 Dubai oder der EXPO 2025 Osaka in Japan – kann das österreichische Know-how einem internationalen Millionenpublikum vorgestellt werden.

Mit der Novelle des Bundesministeriengesetzes kehrten auch die Tourismus-Agenden wieder in das Wirtschaftsministerium zurück, inklusive eines Staatssekretariats für Tourismus. Nach der insbesondere für die Tourismusbranche schwierigen Zeit der Corona-Pandemie kümmert sich Tourismus-Staatssekretärin Susanne Kraus-Winkler darum, einen nachhaltigen Tourismus in Österreich zu stärken, indem für Tourismus-Unternehmen beste Voraussetzungen zum Wirtschaften geschaffen werden, die gleichzeitig im Einklang mit den Bedürfnissen und Wünschen der Natur und der einheimischen Bevölkerung stehen.